

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

26.9.1863 (No. 226)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. September.

N. 226.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Oktober beginnende vierte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an.

Für Frankreich abonnirt man bei Hrn. G. Merandré in Straßburg (Brandgasse Nr. 28) und in Paris (2, Cour du Commerce, Saint-André-des-Arts).

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 25. September.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 5. Septbr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden:
den Registrator Piuna bei der Zollverwaltung, seinem Ansuchen gemäß, wegen andauernder Kränklichkeit, unter Anerkennung seiner treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen;
den Bezirks-Bauinspektoren Engesser in Baden und Federle in Lörrach die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste zu ertheilen;
der Bitte des Professors Dr. Wegle in Würzburg um Entbindung von der Verpflichtung zur Übernahme der ihm durch die höchste Entschliessung vom 2. Mai d. J. übertragenen ordentlichen Professur in der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg zu entsprechen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Bericht des preussischen Staatsministeriums an Se. Maj. den König in der deutschen Reformfrage.

Berlin, 23. Sept. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt den Bericht des Staatsministeriums an Se. Maj. den König in der deutschen Bundesreformfrage mit. Derselbe lautet:

Euer Majestät Allerhöchsten Befehlen entsprechend, beehrt sich das Staatsministerium, über die von der kaiserlich österreichischen Regierung angeregte Bundesreformfrage in nachstehendem allerunterthänigst zu berichten.

Die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfnis entsprechenden Ausübung der Bundesverfassung ist von Preußen ausgegangen, ehe die Ereignisse von 1848 hereinbrachen. Die ersten Erfahrungen, die darauf gefolgt sind, haben weder in den Regenten noch in dem Volke Preußens das Bestreben vermindert, dem berechtigten Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen Befriedigung zu verschaffen; aber sie haben die Schwierigkeiten richtiger erkennen lassen und heilsame Lehren gegeben, die zur Vorsicht mahnen müssen in einer großen Sache. Sie haben auch gezeigt, daß es nicht wohlgeheiß ist, das vorhandene Maß des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja, diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.

Diese Erwägungen ließen es Eurer Majestät als geboten erscheinen, in Zeiten, welche jedem Theilnehmer des Bundes den Werth der äußeren und inneren Sicherheit, die ihm derselbe bisher gewährte, besonders anschaulich machen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Maßes von Einigkeit und von Vertrauen

auf die Bürgschaften der bestehenden Bundesverträge anzustreben. Wir haben aus den uns von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgelegten Aktenstücken ersehen, daß dieselbe Vorsicht von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundesverfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden ist, deren Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorzurufen müßte, welche noch heute der Widerlegung harren.

Um so dringender wäre zu wünschen gewesen, daß die Einleitung von Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der so gelobten Beziehungen auf Wegen erfolgt wäre, welche einen befriedigenden Abschluß mit möglicher Sicherheit in Aussicht stellten. Unter denselben lag ohne Zweifel der Versuch einer Verständigung Preußens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten, und konnte das kaiserlich österreichische Kabinett einer bundesfreundlichen Aufnahme derselben von Seiten Eurer Majestät gewiß sein. Statt dessen ist von Oesterreich einseitig die demnachst in Frankfurt vorgelegte Reformakte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Eurer Majestät am 3. August d. J. so unvollständige Mittheilung gemacht worden, daß sich daraus ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ. Nur die beabsichtigte Form der Verhandlung war klar und gab Eurer Majestät zuerst zu den gerechten Bedenken Anlaß, welche Allerhöchstdieselben gegen das Beginnen des Werkes durch einen Scheinmuth zu beruhenden Fürstentag in dem Schreiben vom 4. August d. J. an Se. Maj. den Kaiser von Oesterreich ausgesprochen haben.

Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung, und nicht der eblste persönliche Wille der Fürsten konnten ein Werk zum Abschluß bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief in Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von neuem geltend gemacht haben.

Nichtbestoweniger haben Euer Majestät Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Interesse eines so großen Werkes auch auf einen, ohne Preußens Mitwirkung vorbereiteten Versuch desselben einzugehen, und nur den Wunsch der vorgelegten Zusammenkunft bis zum 1. Oktober d. J. verlangt, ein Aufschub, welcher neben wesentlichen, außerhalb der Sache liegenden Hindernissen der Theilnahme Eurer Majestät durch die für einen Kongreß zahlreicher Souveräne notwendigen geschäftlichen Vorbereitungen bedingt war. Wenn ungeachtet dieses Entgegenkommens Eurer Majestät und nachdem Allerhöchstdieselbe wohlgegründete Weigerung, am 16. August d. J. in Frankfurt zu erscheinen, dem kaiserlich österreichischen Kabinette bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem der ersten Mittheilung an Euer Majestät vorgelegten Datum an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob dem kaiserlich österreichischen Kabinette von Hause aus nicht die Theilnahme Preußens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separatbündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten, an Euer Majestät gelangten Mittheilung vom 3. August für den Fall in Aussicht genommen wurde, daß Preußen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschließen werde.

Die letzteren sind auch bis zum heutigen Tage nicht amtlich zur Kenntniß der königlichen Regierung gelangt; dagegen ist Eurer Majestät durch das von einem Theile der in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Fürsten und den Vertretern der freien Städte an Allerhöchstdieselben gerichtete Schreiben vom 1. September d. J. das von den hohen und höchsten Unterzeichneten dieses Schreibens bedingungsweise angenommene Ergebnis der Frankfurter Verhandlungen mitgetheilt worden.

Diese Mittheilung haben Euer Majestät Ihrem Staatsministerium

übergeben, in Ausführung der in Allerhöchsterantwort schreiben an die Theilnehmer des Fürstentags d. d. Baden den 20. August ausgesprochenen Absicht, Allerhöchsterentschließungen erst dann feststellen zu wollen, wenn, durch geschäftsmäßige Bearbeitung der Angelegenheit von Seiten Ihrer Mäthe, die zu erwartenden Aenderungen der Bundesverfassung in ihrem Verhältnisse zu der berechtigten Machtstellung Preußens und zu den berechtigten Interessen der Nation eingehend geprüft sein würden. Als Ergebnis dieser Prüfung haben sich die gewichtigsten Bedenken herausgestellt, welche den Entwurf für Euer Majestät weder als König von Preußen, noch als deutscher Fürst annehmbar erscheinen lassen, wenn nicht Veränderungen mit ihm vorgenommen werden, welche, seine Grundlagen selbst berührend, seinen ganzen Charakter wesentlich verändern. Wie der Entwurf vorliegt, kann unser allerunterthänigster Antrag nur dahin gehen, daß es Euer Majestät gefallen möge, demselben die Allerhöchste Zustimmung zu verweigern.

Die verhältnismäßige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesamtkraft, beruht in der Schwierigkeit, die Bundes-Zentralgewalt so zusammenzusehen und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigige Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte, und der Bedeutung der einzelnen Bundesglieder nach Maßgabe ihrer eigenthümlichen und selbständigen Machtverhältnisse Rechnung trage. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und läßt sich bei dem besten Willen aller Theilnehmenden weder schnell, noch vollständig überwinden. Sie steigert sich nothwendig in dem Maße, als dem Bunde die Aufgabe gestellt wird, nicht nur, seinem ursprünglichen Zwecke entsprechend, die Sicherheit seiner Theilnehmer und des Bundesgebietes zu gewährleisten, sondern auch in der äußeren wie in der inneren Politik die Zwecke eines einheitlichen Staatswesens zu erfüllen.

Bis in die letzten Decennien ist es deshalb mit Sorgfalt vermieden worden, die Haltbarkeit des Bundes durch eine Erweiterung seines ursprünglichen Zweckes auf die Probe zu stellen. Man sagte sich mit Recht, daß das Einverständnis der mächtigsten Mitglieder über die Zielpunkte der gemeinsamen Bestrebungen die unentbehrliche Grundlage jeder wirksamen Aktion des Bundes bilde. Und diese Gemeinsamkeit ist um so schwerer herzustellen und festzuhalten, als weder Preußen noch Oesterreich der Freiheit vollständig entgegen können, ihre Stellung zu den Fragen europäischer Politik nach den Interessen der Gesamtheit ihrer Monarchien zu regeln.

Der vorliegende Entwurf löst diese Schwierigkeit durch den einfachen Mechanismus einer Mehrheitsbestimmung im Schoße des Direktoriums und durch eine Erweiterung des Bundeszweckes bis zu dem Maße, daß die Politik jeder dieser beiden Mächte in der durch das Zentralorgan des Bundes zu bestimmenden Gesamtpolitik des letztern aufzugehen habe. In der Theorie ist diese Lösung eine leichte, in der Praxis ist ihre Durchführung unmöglich und trägt den Keim der Voraussetzung in sich, daß das neue Bundesverhältnis in vergleichungswelke kürzerer Zeit als das alte, um uns der Worte des kaiserlich österreichischen Memoriums zu bedienen, den Eindruck von „Reifen einer wandelnd gewordenen Rechtsordnung“ machen werde, welcher der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könnten.“

Um einer heftigen Eventualität vorzubeugen, erscheint es uns unerlässlich, daß der Bund durch eigene Aktion in die Beziehungen der europäischen Politik nur mit dem Einverständnis der beiden Großmächte eingreife und daß jeder der letztern ein Veto mindestens gegen Kriegserklärungen, so lange nicht das Bundesgebiet angegriffen ist, zusetze.

Dieses Veto ist für die Sicherheit Deutschlands selbst unentbehrlich.

* Kg. Da Spät?

(Fortsetzung aus Nr. 225.)

„Ein schöner Tag,“ sagte ich, „Ihr scheint aber nicht so viel auf sein Dauern zu halten, wie die guten Wäner da?“
„Ich sprach Deutsch, denn ich dachte an die alte Verachtung der deutschen Wäner gegen das sanftere und lebhaftere Volksgeschlecht auf der sonnigeren Seite der Alpen, über das sie lange mit strengem Walten geherrscht hatten, und fühlte mich keineswegs einer höflichen Antwort sicher, wenn ich den rauhen alten Gefellen Italiens an sprach. So mittelmäßig mein Deutsch war, verstand er es doch, und lächelte leicht seinen Hitz, wie er mit einem freundlichen Gebrumm, wie eines leutseligen Bären, versetzte:

„Jeder Simpel und jedes Kind kann sehen, wenn die Sonne scheint, Herr Engländer. Wir Bergbauern sind's gewöhnt, äußern Zeichen nicht zu trauen. Ich wittere ein Unwetter, irgendwie.“

„Doch jetzt nicht? Für jetzt auf keinen Fall?“ sagte ich ungläubig, wie ich mit den Augen den Gesichtskreis überflog, und nichts erblickte als blauen Himmel, blendendes Licht, und ein oder zwei wollige weiße Wolkenfäden über den scharfen, klar geschnittenen Gipfeln der lebhaft abgegrenzten Berge.

Der Alte murmelte etwas, was ich nicht verstand, aber der Ton war ein geringfügiger, und zuckte die Achseln im Fortgehen.

Ich würde ihn gefragt haben, ob er wirklich einen plötzlichen Witterungswechsel für ganz nahe drohend argwohne, wiewohl das lächelnde Anlitz der Natur jede düstere Prophezeiung zu widerlegen schien — ohne zwei Umstände: der erste war die Ankunft des Postwagens von Bellinzona, der, mit Passagieren gut besetzt, der Post zu rasste und klapperte; der zweite, daß ein staftkräftiger, wohlgebildeter junger Landmann — des Alten Sohn, ohne Zweifel — mit einigen Mähern Saalorn in einem Sieb herbeigekommen kam und seinen Vater zu einem

Trupp Käufer, Verkäufer und Spekulanten hinrief, deren geschwähige Fruchtbörse neben dem Marktbrennen abgehalten ward.

Die Ankunft des Postwagens verursachte frische Aufregung. Schon einige Tage war, wegen der Unfahrbarkeit des Hochgeländes oben am Paß, kein Postwagen gegangen; und jener sollte nun, wie üblich, auf Schlittenkufen gestellt werden, um die tiefsten Schneelagen ohne Stedenbleiben überwinden zu können. Mitten in dem Getümmel, ohne das auf dem europäischen Festland nichts gefahren kann, fand ich mich plötzlich mit einem lauten „Gi, Bolton! Georg, alter Junge, wer in aller Welt hätte sich träumen lassen, Dich hier zu finden?“ angedredet.

„Nach wandle ich mich um, und sah in das schöne freundliche Gesicht Moriz Lindal's, — Maler, wie ich, aber, trotz seiner Jugend, bereits hoch in seinem Beruf gestellt und, mit denkendem Fleiß, in verheißungreicher Zukunft eine der Stützen Britischer Kunst. . . . Ich hatte Lindal ansichtig gen und eine unbegrenzte Bewunderung für seine herrlichen Gaben; wie denn fast Jeder dem jungen Blut gut war, wiewohl's zuweilen wurmt, sich von einem jüngern Kunstgenossen überholt zu finden. Ich wußte, daß er den Winter irgendwo in Italien zugebracht hatte, aber nicht in Rom, denn wir hatten uns seit unserm letzten Aufenthalt in London nicht begegnet.

In ganz wenig Worten erzählte mir Moriz, er komme frisch von Florenz, wo er den Winter durch gearbeitet und studirt habe, und sei nun auf dem Weg nach England. So weit war Alles klar und alltäglich, nur war mir anfangs das aufgeregte, fast zitternde, Anlitz unerkennlich, das in Moriz herortrat — ob nämlich einige Bekannte, die ein paar Tage vor ihm Florenz verlassen hatten und die er einzuholen wünschte, noch im Ort seien?

„Eine englische Familie — die Traffords. Ich habe bereits in der Post nachgefragt, allein die Wirthin, die den mit dem Postwagen angekommenen geschäftig Suppe ausköpfte, hatte kaum Zeit auf mich zu hören, und sagte, es sei ihr nichts von Forestieri Fremden dieses Namens bekannt.“

„Es gibt noch ein Gasthaus,“ sagte ich, „der Silberne Pelikan, gerade um die Ecke, bei der alterthümlichen Kirche. Englische Reisende sind aber eben jetzt selten, gerade wie's von ihnen wimmeln wird, wenn die Frühsummerhitze die Fremden aus ihren Winterquartieren in Italien fortmahnt. Von Deinen Bekannten habe ich nichts gesehen. Halt — vielleicht sind's die Leute, die heute Morgen mit einer Art Karavane von allerlei Volk fort sind, zu der sie die Vorspann, in einer Schneewehe zu verkommen, in vorübergehende Kameradschaft gebracht hat.“

„Eine grüne Kutse?“

„Richtig.“

„Vater, Mutter, und zwei Töchter, eine davon hübsch, eine Kamerjungfer im Hinteris, außen, und ein Hauten Gepäd?“

Moriz wechselte die Farbe, sagte, er wolle sich näher überzeugen, und eilte nach dem Pelikan. Er kam fast im Augenblick zurück, um zu sagen, daß die dorthin abgereiste Familie wirklich die Traffords gewesen seien. Daß er sie verfehlt habe, sei recht ärgerlich, sagte er, doch werde der Postwagen bald abgehen und er sie wohl noch irgendwo dieses Basel abfangen.

„Ohne den Flaggstein, den Fürsten Potocki, der mich ganzer drei Tage an die Staffelei bannte mit Abändern — und, meines Erachtens, Schlechtermachen — an dem Bild, das ich für die dilettantische russische Durchlaucht gemalt hatte, würde ich zugleich mit den Traffords ausgebrochen sein. So aber —“

„So aber, Moriz, mußt Du verzweifelt verschossen sein, um, wie die Furien dem klassischen Drestes, einer Familienkutsche nachzuwühlen. Die schwarzen Augen sind natürlich der Magnet, der —“

(Fortsetzung folgt.)

Verichtigung. Die in dem gestrigen Feuilleton angezeigte Opern-Revität heißt „La Réole“, nicht, wie sie in Folge eines Druckverfehrens genannt wird, „La Riote“.

Diese Bürgerschaft kann Curer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beilegung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Vertretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu Gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerpiel dynastischer und partikularistischer Interessen ausschließen, welcher sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt, so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich lösenden Theil fallen; darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preussischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dieses Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widersprechende Politik hineingezogen zu werden; — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Volksvertretung hineingebracht werden.

Wir haben uns erlaubt, in Vorliegendem nur die wesentlichsten Mängel hervorzuheben, ohne deren Beseitigung, unseres allerunterthänigsten Dafürhaltens, eine Bundesreform der vorgeschlagenen Art für Preußen nicht annehmbar ist. Auch halten wir eine Kritik der Einzelheiten des vorliegenden Entwurfs für unfruchtbar, so lange eine Verständigung über jene Hauptpunkte nicht erreicht ist. Wir stellen deshalb Curer Majestät allerunterthänigst anheim, über die letzteren zunächst mit Allerhöchster Bundesgenossen in Verhandlung zu treten und, sobald Curer Majestät der Geneigtheit begegnen, auf die vorstehend angezeichneten Grundlagen einzugehen, die kaiserlich österreichische Regierung zu erlösen, in Gemeinschaft mit Curer Majestät Regierung Ministerialkonferenzen zu anderweiter Feststellung eines demnächst den deutschen Fürsten und Freien Städten zur Genehmigung vorzuliegenden Reformplanes zu berufen. Von dem Beschlusse der deutschen Souveräne wird es alsdann abhängen, ob sie über Dasjenige, was sie der Nation darzubieten beabsichtigen, die Aenderung der letztern selbst durch das Organ gewählter Vertreter vernehmen, oder ohne deren Mitwirkung die verfassungsmäßige Einwilligung der Landtage jedes einzelnen Staates herbeizuführen versuchen wollen.

Für Curer Majestät Regierung wird der nahe bevorstehende Zusammentritt des Landtages die Gelegenheit darbieten, die Auffassung der preussischen Landesvertretung in Betreff des Inhaltes der vorliegenden Reformakte und der von der königlichen Regierung derselben gegenüber vertretenen Grundzüge kennen zu lernen, und wie wir nicht zweifeln, werden die Annäherungen der preussischen Landesvertretung schon jetzt mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß nur solche Aenderungen der bestehenden Bundesverträge auf ihre demnächstige verfassungsmäßige Zustimmung zu rechnen haben, vermöge deren die Würde und die Nachsicht Preußens und die Interessen der gesammten deutschen Nation in gleichem Maße ihre Berücksichtigung finden.

Das preussische Volk bildet einen so wesentlichen Bestandteil des deutschen, und ist in seinen Bedürfnissen und Interessen, wie in seinen Wünschen und Gefinnungen mit der Gesammtheit der deutschen Nation so innig verwachsen, daß die Stimme des preussischen Landtags zugleich die bisher fehlenden Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Aufnahme der beabsichtigten Institutionen von Seiten des deutschen Volkes gewähren wird.

Berlin, den 15. Sept. 1863. Das Staatsministerium. (Gz.) v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Roon, Graf v. Zepel, v. Mähler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf zu Culenburg.
An des Königs Majestät.

Deutschland:

Karlsruhe, 25. Sept. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 39 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: 1) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums: Die Ertheilung eines Erfindungspatentes an Hrn. John Foster Greene zu Warwick im Staate Rhode Island, für die von ihm erfundenen Verbesserungen an Apparaten und Maschinen zur Erzeugung von Kautschukstoffen oder mit Kautschuk überzogenem Leder, welche mit einer künstlichen Faser- oder Haardede bekleidet sind, betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums: a) Die Aufhebung der Domänenverwaltung und Forstkasse Gerlachshausen betreffend. b) Die siebenundzwanzigste Gewinnziehung vom Anlehen der Amortisationskasse zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend.

II. Todesfälle. Gestorben sind: Am 9. Juli d. J. Kaplan Fidel Dix von Löffingen; am 19. Juli d. J. der großh. Oberhofgerichts-Kanzler Staatsrath Ritter.

Frankfurt, 24. Sept. (Fr. Z.) Die heutige Bundestags-Sitzung ist ausgefallen.

Stuttgart, 23. Sept. (A. Z.) Die Ständeversammlung wird, wie ich aus sicherer Quelle vernehme, in den ersten Tagen des Monats November, etwa am 5. oder 6., einberufen werden. Der von mehreren Blättern genannte Termin vom 22. Okt. ist schon deshalb unrichtig, weil die verschiedenen Kommissionen mit ihren Vorarbeiten noch nicht fertig sind, und am 21. Okt. erst die volkswirtschaftliche Kommission zusammentritt, zu deren Arbeiten immerhin mindestens 14 Tage nötig sind. Die Dauer des Landtags wird, wenn alle Vorlagen erledigt werden sollen, mit kurzer Unterbrechung 8 bis 9 Monate währen.

München, 22. Sept. (Fr. P. Z.) Die Bervollständigung und weitere Ausdehnung der bayrischen Staats-Eisenbahnen hat gestern und heute die Kammer der Abgeordneten beschäftigt. Die erste Ziffer des Art. 1 des betreffenden Gesetzesurfes, nach welcher ein zweites Schienenzeileis auf den Bahnstrecken zwischen a) Würzburg und Aschaffenburg und b) Hof und Untersteinach zc. hergestellt und hierfür 3 Millionen Gulden verwendet werden sollen, ist vom Ausschuss dahin geändert, daß ein zweites Geleis nur auf den Bahnstrecken a) Würzburg und Regsbach und b) Aschaffenburg und Laubach hergestellt und hierfür

705,500 fl. zu verwenden seien, und gab in dieser Abänderung zu keiner Erörterung Anlaß. Eine sehr umfassende Debatte aber veranlaßte die zweite Ziffer des Artikels. Die Staatsregierung beantragt den Bau einer Bahn von München über Ingolstadt, Eichstätt und Weissenburg nach Pleinfeld zum Anschluß an die Süd-Nord-Bahn, mit der Abzweigung von Feuchtingen nach Gunzenhausen zum Anschluß an die Gunzenhausen-Ansbach-Würzburger Bahn, wofür der Betrag von 22,940,000 fl. beantragt wird. Der Ausschuss dagegen beantragt, diese Bahn von München über Ingolstadt in gerader Richtung über Kipferberg und Greding nach Nürnberg zu führen, wozu der Betrag von 18 Millionen Gulden erfordert wird. Die Linie, welche hier der Ausschuss beantragt, ist die kürzeste, welche zwischen München und Nürnberg möglich; sie führt auch die Linien von München über Nürnberg nach Würzburg und Frankfurt, und verbietet sowohl hinsichtlich des Verkehrs zwischen den beiden großen Städten Bayerns, als insbesondere auch hinsichtlich des internationalen Verkehrs den Vorzug vor der von der Regierung beantragten Linie. Dagegen würden die Städte Eichstätt, Pappenheim und die weltberühmten Solhofer Steinbrüche von der Bahn nicht berührt — sie müßten mit derselben erst später durch Zweigbahnen in Verbindung gesetzt werden, — zu welchem Zweck denn auch bereits für den Fall, daß der Ausschussantrag angenommen würde, Modifikationsanträge eingebracht wurden und mit in Berathung gelangten. Die Berathung hierüber nahm die ganze nahezu fünfstündige Sitzung von heute in Anspruch, da sich eine große Anzahl Abgeordneter für und gegen die verschiedenen vorgeschlagenen Linien an der Debatte betheiligten. Die Ansichten lagen sehr weit auseinander. Vorauszusehen wird der Gesammtentwurf bis zur vollständigen Erledigung noch einige Sitzungen beanspruchen.

München, 24. Sept. (A. Z.) Bei der heute Abend erfolgten Abstimmung des Abgeordnetenhauses über die Eisenbahn-Frage wurden mit 103 gegen 33 Stimmen angenommen: 1) Doppelschienengeleise für Würzburg-Regsbach, Aschaffenburg und Laufach; 2) der Eisenbahnbau von München nach Ingolstadt, mit Anschluß bei Gunzenhausen und Abzweigung nach Pleinfeld; 3) eine Bahn von München nach der österreichischen Grenze bei Simbach oder Neuhaus; 4) eine Zweigbahn zwischen Freilassing und Reichenhall; 5) die Bodenfer-Gürtelbahn.

Berlin, 23. Sept. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Angaben als „durchaus zuverlässig“, nach denen die Urwahlen am 21. Oktober, die Wahlen der Abgeordneten am 29. Oktober stattfinden würden, und die Eröffnung des Landtags in den ersten Tagen des November zu erwarten wäre. Nach der „Kreuzzeitung“ wären die bezeichneten Daten ungefähr zutreffend, endgiltige Bestimmungen jedoch noch nicht getroffen. Das letztere Blatt schließt hieran die Nachricht, daß für die in das Abgeordnetenhaus gewählten Beamten von jetzt an keine Stellvertretungs-Kosten mehr gezahlt werden sollen; es soll ihnen vielmehr überlassen werden, selbst für ihre Vertretung zu sorgen.

Die Konstitutionen an Kriegsmaterial, welche von den an der polnischen Grenze stationirten preussischen Truppen im Laufe des Frühjahrs und Sommers vorgenommen worden sind, haben im Ganzen doch nicht ganz unerhebliche Resultate geliefert. Abgesehen von den seitens der Zivilbehörden mit Beschlag belegten Gegenständen haben die Truppen bis zum August konjiziert 3965 Schießwaffen aller Art, 670 Kavallerieädel, Hirschfänger zc., 2055 lose Bayonnette und Senkenklingen, 30 Zentner dekalischen in Paketen, 690 Ztr. Pulver, 3310 fertige Patronen, 25 Ztr. Blei, 60,000 Zündhütchen zc. — Die feudale Korrespondenz schreibt: „Wie gegen den Professor Müller in Königsberg, so dürfte gegenwärtig in Folge des Aufmarsches der Fortschrittspartei gegen die Professoren Gommien und Birchow hierseits disziplinarisch eingeschritten werden.“ — Jakob Benedey erklärt sich in Berliner Blättern bereit, eine Wahl zum Abgeordnetenhaus anzunehmen. — Das „Intelligenzblatt für Stolp“ hat wegen eines Artikels über die bevorstehenden Wahlen eine erste, der in Piritz erscheinende „Vote aus dem Weizacker“ eine zweite Verwarnung erhalten.

Stettin, 22. Sept. Die preussischen Blätter theilen ein Wahlanzeige des Regierungspräsidenten Grafen Krassow in Stralsund mit, welches mit folgenden Sätzen schließt: „Wenn die demokratische Partei noch ferner in der bisherigen Weise der Regierung des Königs hemmend entgegentritt und alle Autorität systematisch erschüttert, so ist nicht nur eine jede geistliche und ruhige Entwicklung unseres Verfassungslebens für lange Zeit, vielmehr für immer abgeschnitten, sondern es ist auch in hohem Grade zu befürchten, daß unser Vaterland tiegreifende innere Erschütterungen bevorsteht. Wie sehr diese sowohl die Stillschließung des Volkes vermissen, als auch den materiellen Wohlstand schädigen, bedarf wohl kaum noch einer Ausführung.“ Ganz besonders würden aber darunter die kleineren Städte zu leiden haben, deren materielle Lage beruht auf dem wenigsten größeren Verluste zu ertragen vermögen. Wer daher durch das Vertrauen seiner Mitbürger amtlich berufen ist, für das Wohl seiner Kommune zu sorgen, der hat unzweifelhaft eine doppelte Verpflichtung, auch durch sein politisches Verhalten dahin mitzuwirken, daß solche belangenswerthe Nachtheile von derselben möglichst abgewendet werden.“

Wien, 23. Sept. In mehreren Blättern finden sich bereits Mittheilungen in Betreff der weiteren Schritte, zu welchen sich die drei Mächte Oesterreich, Frankreich und England in Folge der letzten Depeschen des Fürsten Gortschakoff veranlaßt sehen würden. Die „Generalkorresp.“ glaubt aber sagen zu dürfen, daß alle diese Mittheilungen nur den Werth von Vermuthungen beanspruchen können. Andererseits lasse sich wohl als selbstverständlich annehmen, daß die Anschauungen der drei Mächte über die politische Angelegenheit sich nicht geändert haben, daher auch das Einverständniß, welches auf der Uebereinstimmung jener Anschauungen beruht, fortbauert.

Gestern Abend hielt die erste Sektion des Finanz- und Schussek-Sitzung, welche das Budget des Ministeriums des

*) Conf. Depesche des Grafen Rechberg an den kaiserlich österreichischen Gesandten in Dresden vom 5. Nov. 1861 und Anlage dazu; und Depesche des Grafen v. Bernstorff an den Fürstn. v. Werther vom 2. Febr. 1862.

Auswärtigen zum Gegenstande der Beratung hatte. Der Minister Graf Rechberg war in der Sitzung anwesend. Die Session bestand auf Streichung des Postens von 20,000 fl. für den Volkshaus in Rom. Graf Rechberg bemerkte indeß, ohne weitere Vorberatung im Ministerium eine definitive Antwort in dieser Frage nicht erteilen zu können. — In Betreff des Driedubey (eigentlich Rogawski) Ausschusses, welcher das Vorgehen der galizischen Polizeibehörden gegen den vorgezogenen Grafen und Reichsraths-Abgeordneten zu prüfen hat, erfährt die „Gen.-Korr.“ noch nichts Definitives; allein man versichert ihr von glaubwürdiger Seite, daß es allen Anschein habe, der Ausschuss werde das erwähnte Vorgehen der betreffenden Behörde nicht gerechtfertigt finden.

Frankreich.

Paris, 24. Sept. Der „Moniteur“ bringt heute unter der Rubrik „Auswärtige Nachrichten: Rußland“, den von dem „Nepodleglos“, „offiziellem Organ der polnischen Nationalregierung“ veröffentlichten Aufruf an die Schuljugend. Der „Tempo“ will erfahren haben, daß der russische Gesandte, Hr. v. Bubberg, sich demnächst in Urlaub nach St. Petersburg begeben werde. Gleichzeitig meldet die „France“, daß der Herzog von Montebello am 27. zu Czarskoe Selo vom Kaiser empfangen und am nächsten Tag nach Paris abreisen wird. — In gewissen Kreisen spricht man neuerdings von Ernennung des Grafen Walewsky zum Gesandten in London, wohnin gestern Abend Prinz Napoleon abgereist ist. — Heute Vormittag 10 Uhr hatte sich der Ministerrat im Justizministerium versammelt. — Die „France“ bestätigt die Angabe, daß nach Empfang der letzten russischen Antwort das Tuilerienkabinett den andern Mächten seine Eindrücke mittheilte. Das Organ des Hrn. Drouyn de Lhuys glaubt versichern zu können, daß die Ansichten des englischen Ministeriums über den Charakter und die Tragweite der russischen Note dieselben seien, wie jene der französischen Regierung. Dennoch glaubt die „France“ nicht, daß das Kabinett von St. James vor Zusammentritt des Parlaments definitive Beschlüsse fassen werde. — Großes Aufsehen erregt in der Finanzwelt die vom Cred. Mob. nachgegebene Ermächtigung, das Kapital der ehemaligen Savoyischen Bank in Chambéry von 2 auf 40 Millionen zu erhöhen und ihr Privilegium zur Emission von Banknoten benützen zu dürfen. — Die Börse war heute weniger pessimistisch als gestern. Heute hielt sich fest auf 67.80, der Mob. Cred. dagegen bleibt angeboten zu 1180. Ital. Anl. 73.75.

Amerika.

Neu-York, 12. Sept. (Per „City of Baltimore“.) Die Südbaathen haben in Charleston — auf welcher Position ist nicht genau bekannt — zwei 800pfündige Blateltanonen, welche kürzlich von England angekommen sind, aufgestellt und versprochen sich von denselben ungeheure Wirkung gegen die Thurmgeschiffe, welche in ihren Bereich kommen werden. In Charleston ist man allgemein der Ansicht — wie auch der „Richmond Exam.“ sich eben dahin ausspricht — daß zwar die Forts Wagner und Sumter fallen würden, Charleston dagegen nimmermehr, und daß die feindlichen Panzergeschiffe, einmal in den Hafen eingedrungen, nicht wieder herauskommen würden. Auch die „Neu-York Trib.“ hält das Problem, wie die Flottenoperationen gegen die Stadt zu leiten seien, noch für ungelöst, dringt jedoch auf sofortige und energische Mitwirkung und Angriffsbewegung der Thurm- und Panzergeschiffe des Admirals Dahlgren, indem jeder Tag des Verzugs die Widerstandsfähigkeit der Festung zu Land wie zu Wasser vermehre. In seiner offiziellen Depesche über die Einnahme des Forts Wagner berichtet General Gilmore, daß er dort 19 Geschütze und bedeutende Vorräthe vortrefflicher Munition habe, und schließt mit der Aeußerung: „Meine Kanonen beschießen jetzt vollständig die Stadt und den Hafen von Charleston.“

Die Generale Burnside und Rosentanz haben den General Halleck antilich von ihrer Besetzung Chattanooga's und Cumberland Gap's in Kenntniß gesetzt. Burnside soll zugleich um Entbindung von dem Kommando des Ohio-Departements eingekommen sein. Rosentanz berichtet, daß er während seiner Operationen in Tennessee, von der Besetzung Murfreesborough's ab gerechnet, nur 85 Tode, 462 Verwundete, und 13 Vermißte verloren, dagegen 59 Offiziere, 1575 Unteroffiziere und Gemeine gefangen genommen und drei gezogene Kanonen, 89 Feldzeichen und große Massen Proviant erbeutet habe. — In einer bei der Versammlung der „Reinigten Demokratie“ gehaltenen Rede erklärte der Gouverneur Seymour, Neu-York habe freiwillig mehr als 135,000 Mann für den Krieg geliefert; durch die Aushebung hingegen werde die Regierung nicht einmal 6000 Mann aus Neu-York bekommen. Er schloß mit der Versicherung, daß er unter keiner Rücksicht einer Auflösung der Union zustimmen werde, und daß er überzeugt sei, die Union werde schließlich ohne Beeinträchtigung der Rechte der Einzelstaaten wieder hergestellt werden. — Aus Neu-York marschiren noch immerfort Mannschaften aus, von denen ein großer Theil zur Verstärkung der Potomacarmee verwendet wird. Goldagio 29.

Baden.

Durlach, 24. Sept. Gestern von 9 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends wurde mit kurzer Unterbrechung unsere Diözesansynode abgehalten. Die Tagesordnung enthielt 12 Punkte der Berathung und Beratung.

Der nach der Eröffnung mit Gesang und Gebet vorgelesene Bericht des Synodalausschusses über den religiösen und sittlichen Zustand der Diözese, sowie der von Stadtpfarrer Arnold gestellte Antrag auf Wiedereinführung des ganzen Katechismus als verbindlichen Memorienstoff für die Volksschule, füllten die Vormittagsberatungen aus. Nach längerer Berathung wurde der fragliche Antrag mit 13 gegen 11 Stimmen verworfen. Nachmittags kam der Antrag auf die Verbindung des Perikopenbüchleins mit dem Gesangbuche, sodann der des Pfarrers Gruner. Wahrung der kirchl. Rechte in der Volksschule betreffend zur Sprache. Die in dem letzten Antrage hervorgehobenen Rechte wurden unter drei Gesichtspunkte — kirchlicher Charakter der

Schule, Wahrung des Eigentumsrechtes kirchlicher Fonds, welche Beiträge zu Schulgebühren geben, und Wahrung der Rechte der Kirche auf die Ausbildung und Prüfung der Volksschullehrer in religiöser Beziehung — zusammengefaßt, und der Antrag gleich dem vorhergehenden von der Synode gutgeheißen. Zu weiteren Anträgen kam die Trennung kirchlicher und nichtkirchlicher Fonds, z. B. Almosen, sowie der Diätenbezug durch am Orte der Zusammenkunft wohnende Mitglieder des Synodalausschusses zur Besprechung. Beide Anträge fanden den Beifall, letzterer jedoch nur den der Mehrheit der Synode.

Nach der Prüfung des Voranschlags und der Wahl des Rechners, welche auf Pfarrer Illmann fiel, fand die Wahl für die beiden ausgetretenen Mitglieder des Synodalausschusses, Pfarrer Gruner und Landwirth Balzer statt, welche Beide mit 13 und 14 gegen 8 und 9 Stimmen wieder gewählt wurden. Um 7 Uhr wurde die Synode in üblicher Weise geschlossen.

Bei dieser Gelegenheit berichte ich Ihnen auch, daß die Adresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog von den Borgelegten und Ausschüssen sämmtlicher Landgemeinden, sowie der Stadt einstimmig unterzeichnet ist und unverzüglich übergeben werden wird.

Mannheim, 25. Sept. (Mannh. Z.) In der gestern Abend unter dem Vorsitz des Hrn. W. Frey im Badnerhose abgehaltenen Generalversammlung der Schützen-Gesellschaft wurden zuerst die finanziellen Ergebnisse des ersten badischen Landesjahres, so weit solche bis jetzt abgewickelt sind, den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf ungefähr 62,500 fl., die Einnahmen auf ungefähr 60,000 fl., und stellt sich mithin ein Defizit von ungefähr 2500 fl. heraus; nach Abzug der ungefähren Beträge des noch im Besitze der Festverwaltung befindlichen Gabentempels und der Schieß- und Finanzbureaus, welche f. Z. einen Aufwand von ungefähr 4000 fl. erforderten und jetzt auf ungefähr 1000 fl. anzuschlagen sind und der von den in Aussicht genommenen Prämien- u. Zahlungen wahrscheinlich ersparenden etwa 300 fl., wird ein wirkliches Manco von ca. 1200 fl. verbleiben, das sich durch die noch nicht geschlichteten Differenzen bis zu 1500 fl. erhöhen kann. Nach den hierüber stattgefundenen Diskussionen, an welchen sich die Hrn. Frey, Dreier, Ch. Kub, Duffing, H. Schmidt und Dr. Eller betheiligten, wurde beschlossen, daß die Schützen-Gesellschaft in erster Reihe als Veranfallerin des Festes aufzukommen, bezw. eventuell das Defizit zu übernehmen habe, daß man sich aber wegen ganzer oder theilweiser Deckung an die Stadtgemeinde wenden wolle. Die einstimmige Annahme des bezüglichen Antrags gab Hrn. Dr. Eller Veranlassung, den Geist der Rechtlichkeit und Wahrheit, welcher die Schützen-Gesellschaft befehle, als Pfand ihres Gedächtnisses hervorzuheben. In der hierauf folgenden Erlay- und Renwahl wurden die Hrn. W. Stecker mit 98, F. Dröll mit 71, P. Dann mit 61 Stimmen in den Vorstand, Ch. Hönn mit 58, W. F. Egel mit 48 Stimmen als Erlaymänner derselben, und als Vorort der badischen Schützenvereine die Hrn. G. Böler mit 66 als Vorsitzender, W. Frey mit 73 als Schriftführer, und A. Köfinger mit 85 Stimmen als Kassier erwählt.

Freiburg, 24. Sept. (Schwurgericht. Anklage gegen Engler.) Der Angeklagte, ein hübscher, blühender, junger Mann, welcher große Reue zeigt, wollte an die That selbst sich nicht erinnern und ohne Bewußtsein gehandelt haben, unter dem Einfluß einer krankhaften Gemüthsstimmung, in die ihn eine, mit ihrem Verhältniß zusammenhängende strafbare Handlung der Wilhelmine Heibold versetzt und schon viele Wochen hindurch erhalten habe. Auf diese Behauptungen stützte sich die Verteidigung des Advokaten Schmidt, indem sie auf den Grund des geistigen Zustandes des Angeklagten und der Trunkenheit desselben den Milderungsgrund des §. 153 des St.-G.-B. geltend machte, und die Absicht der That, bestritt, überdies in dem von der Wilh. Heibold erteilten Kränkungen den Strafmiterungsgrund des §. 210 und 214 des St.-G.-B. fand. Die Staatsbehörde, vertreten durch Hofgerichtsrath v. Hillern, hielt in längerer Rede ihre Anklage aufrecht, suchte namentlich den ursächlichen Zusammenhang der Handlung, deren der Angeklagte seine Geliebte beschuldigte, mit der That zu bestritten, und diese Beschuldigung, durch welche er sich überdies selbst als Gehilfe jener Handlung darstelle, als eine bloße Beschönigung seines Verbrechens nachzuweisen, mit welcher er in unmännlicher Weise sich nicht schme, Derjenigen, die er mißbraucht, der er das Grab gegraben, auch noch die Schande als Leidenstein auf dasselbe zu setzen. Die Geschwornen traten den Ansichten der Staatsbehörde in allen Punkten bei, und der Schwurgerichtshof erkannte gegen Engler wegen Todtschlags eine 12jährige Zuchthausstrafe.

Freiburg, 24. Sept. (Freib. Ztg.) Die Vorbereitungen zum landwirthschaftl. Feste, das nächsten Sonntag beginnt, werden auf das thätigste betrieben. Schon sind landwirthschaftl. Geräthe und Produkte in ansehnlicher Zahl eingetroffen, und ist man mit deren zweckmäßigen Aufstellung in der Festhalle beschäftigt. — In der Dampf-Sägemühle des Hrn. Wippmann verunglückte heute einer der Säger.

Staufen, 24. Sept. Die Stürme und Regentage des Septembers haben die Aussichten auf einen gedeihlichen Herbst bereits sehr beeinträchtigt. Erisere verdrängen die Trauben an den Reben, was mangelhafte Ernährung durch den Reifrost und allmähliches Absterben der Frucht zur Folge hat; die Reben aber befördern die Fäule um so gewisser, als die Reife der Trauben eine verschiedene geblieben. Zur Zeit beschäftigt man sich mit Einbringen des reichen Obstertrags; das Obst läßt sich aber dieses Jahr nicht auf Lager halten; das Steinobst, soweit es nicht gedörrt wird, wandert deshalb in die Brennereien, weßwegen die Preise der gebrannten Wasser sinken; das Kernobst aber wird gemollet, und erstere Aepfel- und Birnenmost einzuweisen den Traubenmost. — Die Hochwasser des Neunmagens haben auch die Dämme unterhalb Staufen gegen Kriechen durchbrochen.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 24. Sept. (Mannh. Z.) Im Tabak herrscht gegenwärtig keine besondere Geschäftstätigkeit — der Umsatz beschränkt sich auf den gewöhnlichen Bedarf. Die Preise von alter Waare, namentlich 1862r Gewächs, werden ihren jetzigen Stand wohl auch ferner behaupten, da die Vorräthe im Allgemeinen schon bedeutend zusammengeschmolzen sind, und die neue Ernte, soweit sich das Produkt bis jetzt beurtheilen läßt, einen besonders brauchbaren Cigaretten-Tabak nicht zu liefern verspricht. Was das diesjährige Ertragniß speziell betrifft, so entwickelte sich der erste Satz unter der Einwirkung der heißen Temperatur des Monats August durchgängig sehr fett und dickblättrig und wird ein ganz schweres Gewächs liefern; die mittlere und letzte Anpflanzung dagegen hat sich bei den späteren Regenen noch erholt und allerwärts ein großes, breites und leichteres Erzeugniß

geliefert. Ob dasselbe aber die zu einem brauchbaren Cigaretten-Tabak erforderlichen Eigenschaften eines dünnen, haltbaren und gutbrennenden Blattes in sich vereinigt, dürfte vorerst noch sehr zu bezweifeln sein, insbesondere deshalb, weil vielfach der Tabak nicht gehörig reif gebrochen und während des häufigen Regenwetters zu naß unter Dach gebracht wurde. Es tritt deshalb die Befürchtung nahe, daß solch unreifer Tabak nicht gut brennen und wegen des Aufhängens im feuchten Zustand müde im Blatt werden dürfte. Was die Quantität der 1863r Ernte betrifft, so übersteigt dieselbe, durch vermehrte Anpflanzung, jene der vorhergegangenen Jahre sehr bedeutend, wobei nur zu beklagen ist, daß in vielen Produktionsorten die Pflanze durch Hagelschlag stark gelitten hat.

— Vom Bodensee wird der „N. Z. Ztg.“ geschrieben, letzten Sonntag habe auf demselben ein Aquinoktialsturm von besonderer Gewalt gewüthet, so daß vor der Einfahrt in den Hafen von Friedrichshafen der Dampfer „Stadt Konstanz“ beinahe Schiffbruch litt; er konnte nur mit Mühe gerettet werden.

— Frankfurt, 23. Sept. (Freib. Bl.) In der heutigen dritten Sitzung der Generalversammlung der katholischen Vereine ergriff zunächst Hr. v. Andlaw von Freiburg das Wort. Er überbringt den Gruß der diesjährigen Versammlung der Piusvereine der Schweiz, die er besucht hat, und deren Ehrenmitglied er ist. Sein Streben sei seit Jahren dahin gegangen, das katholische Vereinsleben auch in die Schweiz zu tragen. Redner schildert die Verhältnisse und die große praktische Bedeutung der dortigen katholischen Vereine. Er geht sodann über zur Besprechung der Lehrfreiheit, ein großes Prinzip, das jedoch in der Praxis gegenüber den staatlichen Einflüssen auf bedeutende Schwierigkeiten stöße. Dieser staatliche Einfluß stehe fast überall in Widerspruch mit dem katholischen Bewußtsein und mit den katholischen Interessen. Dies bedürfe der Abhilfe, und diese könne nur durch Anerkennung des Prinzips der Lehrfreiheit in den Schulen gewonnen werden. Dann werde man sie auch der katholischen Kirche nicht entziehen wollen und dürfen. Redner wendet sich sodann zu den Schulverhältnissen der Schweiz, die für die christlichen und kirchlichen Tendenzen höchst ungünstig seien. Dort, wie überall, wo er noch bestrebe, müsse dem „Götendienste“ entgegengetreten werden, den man mit der Obrigkeit und dem Staate treibe; der wahre Katholik ehre den König, aber die höchste Ehre gebe er Gott und er bete nicht ein „neues goldenes Kalb“ an. Durch die katholischen Vereine wolle man die Gesinnung kräftigen und eine soziale Macht schaffen, auf die jeder Einzelne sich stützen und auf der man die gesellschaftliche Ordnung neu begründen könne.

In Auftrag des Komitees erstattet sodann Religionslehrer Böhler aus Kbl. Bericht über die Arbeiterfrage — einen schwierigen, nicht so leicht und kurz zu erschöpfenden Stoff. Er handle sich hier um ein besonderes Martyrium, um den alten Fluch: „im Schwelme deines Angesichts sollst du dein Brod essen“. Der richtige Standpunkt für diese Frage sei die Religion, ganz allgemein der Glaube an einen persönlichen, die Welt regierenden Gott und der Glaube an persönliche Fortdauer nach dem Tode. Zur Arbeit sei der Mensch verurtheilt, es sei eine Buße, die getragen werden müsse, die aber zugleich ein Segen für den Menschen sei und eine heilsame Arznei für die kranke, lüdenhafte Seele. Aber die Arbeit sei auch eine Liebes- und Ehrensache, gegen die Mithrasen, deren Leistungen ein jeder zur Nothdurft des Lebens bedürfe. Unsere Aere habe über dem Gebet oft den Werth und Segen der Arbeit vergessen; nicht bloß beten, sondern auch arbeiten müsse der Mensch. Redner verbreitet sich über die Zerstörer des Kommunismus, der versegue, daß Gott kein Geschenk, seine ertigen Güter umsonst, ohne Arbeit, dem Menschen gegeben habe. Nur die Lust sei frei, und hier seien wir alle Kommunisten. Redner geht auf die Geschichte der Arbeit und ihrer verschiedenen Auffassungen über, die Sklaverei bei den alten Völkern, denen die Arbeit eine Last gewesen sei, die Auffassung der Arbeit durch das Christenthum als eine Pflicht, ja als eine Ehre. Wo das Christenthum seine Macht über die Gemüther und in der Gesellschaft verliere, da bilde sich wieder in der einen oder andern Weise eine Sklaverei. Es seien Zustände im Gewerbetreiben eingetreten, die sich ändern müßten; das verkehrte Zustreben habe fallen müssen, aber indem man die religiöse Bedeutung der Arbeit vergessen und den Kampf Aller gegen Alle in der Gewerbetreiberei proklamirt habe, sei ein trauriger Nothstand eingetreten, Pauperismus und Proletariat. Sie hätten dahin geführt, ein Recht auf Arbeit aufzustellen. Jetzt hätten die Versuche, die Gesellschaft aus ihrem Bankrott zu retten, zu einer Spaltung in der Fortschrittspartei selbst geführt. Er erinnere an die Namen Schulze-Delisch und Lassalle. Man dürfe das Gute, das dabei gesagt und geschaffen worden, nicht verkennen; es sündigen nicht Arbeiterassoziationen lebenskräftig und fruchtbar da. Redner geht näher auf dieselben und ihre verschiedenen Arten ein. Insbesondere wenn man auch mit Schulze-Delisch in Manchem nicht einverstanden sein, seine Politik nicht billigen könne, so dürfe man doch seine Verdienste nicht verkennen und ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er nicht bloß theoretisch gewirkt, sondern auch praktisch etwas Lütliches und Lebenskräftiges geschaffen habe. Lassalle, wenn auch ein glänzender, reich gebildeter Geist, übertreibe Alles, sei Sophist, besetze dadurch, und der letzte Grund sei Aufforderung des Volks zur politischen Bewegung. Das allgemeine Stimmrecht habe für die katholischen Interessen nichts Günstiges; in vielen Gegenden würde dadurch der Einfluß der Geistlichkeit gesichert sein, aber dies dürfe hier nicht entscheiden. Man dürfe nicht das eigene Interesse für allein maßgebend erklären. Der konservative Geist der Kirche habe diese bisher von allen derartigen Bestrebungen ferngehalten, aber man dürfe jetzt der Frage gegenüber nicht länger sich gleichgültig verhalten, man müsse an die Bewegung herantreten, bei der Gründung solcher Assoziationen sich betheiligen und dadurch der Kirche den ihr gebührenden Einfluß sichern. Der Redner empfiehlt der Versammlung, für diese Zwecke zu wirken, und stellt das neue Werk unter den Schutz der hl. Jungfrau Maria. (Beifall)

Aus dem Vortrag des Hrn. Schürer aus Aachen ist hervorzuheben, daß er die alten Korporationen der Handwerker nicht todt gemacht, sondern in Einklang mit der fortgeschrittenen Zeit gebracht wissen will. Pater Theodosius, Generalvikar aus Gur, redet den christlichen Assoziationen das Wort, zeigt in Beispielen, was sie wirken könnten, und wünscht, daß eine katholische Kreditbank geschaffen werde, um katholischen Meistern und Solchen, denen es um Arbeit zu thun ist, zu helfen. Schluß 10 Uhr.

— In Posen ist die Einladung der Magistrate von Leipzig und Berlin zur Betheiligung an der im nächsten Monat zu Leipzig stattfindenden Jubelfeier der Völkerschlacht mit Einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herrn. Kroenlein.

